



Dienstag, 25. August 2026, 17:00 Uhr
~10 Minuten Lesezeit

Worte schockieren, Zahlen betäuben

Ein israelischer Minister sagt in zwei Sätzen, was Berichte internationaler Gremien seit Monaten dokumentieren — plötzlich kocht die Empörung über das Gaza-Massaker hoch.

von Alex Günther

Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (kudla, Teo K, Barak Shacked)

*Gibt es Menschen, die eigentlich keine Menschen sind,
ja nicht einmal Lebewesen — was selbst für Würmer*

und Amöben zuträfe? Normalerweise wäre die Antwort auf diese Frage einfach, ja, die Humanität verböte, sie überhaupt zu stellen. Der israelische Minister für Nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, sieht das offenbar anders. Er will in Gaza „gezielte Tötungen“ durchführen und israelische Geiseln lieber sterben lassen, als eine Situation zu schaffen, in der sie gegen palästinensische Terroristen ausgetauscht werden können. Diese Brutalität wurde denn selbst einigen sonst israelfreundlichen Medien und Organisationen zu viel. Der Fall löste eine breite Welle der Entrüstung aus. Man könnte fast den Eindruck haben, die Erkenntnis, dass in Gaza Furchtbares passiert, sei einigen Multiplikatoren ganz plötzlich gekommen. Ein paar drastisch formulierte Worte eines israelischen Politikers machten mehr Wind als Zehntausende Tote in Gaza.

Am 15. August 2026 äußerte sich Israels Minister für Nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, in einem Podcast mit der ehemaligen Hamas-Geisel Rom Braslavski. Im hebräischen Original sagte er wörtlich: „אני חושב שצריך לעשות סיכולים ממוקדים בעזה, כל לילה להוריד, 30-40. לא רק אלה שמסכנים אותך באותו רגע, יש שם אנשים שהם לא בני חיים. הם לא צריכים לחיות, הם לא אנשים גם. אני נותן להם מחמאה שאני קורא להם אנשים.“ – auf Deutsch: „Ich denke, man muss in Gaza gezielte Tötungen durchführen, jede Nacht 30 bis 40 ‚runterholen‘. Nicht nur diejenigen, die dich in diesem Moment gefährden – es gibt dort Menschen, die keine Lebewesen sind. Sie müssen nicht leben, sie sind auch keine Menschen. Ich mache ihnen schon ein Kompliment, wenn ich sie Menschen nenne.“ Deutsche Medien gaben die Aussage in unterschiedlichen Nuancen wieder – der

Tagesspiegel etwa als „jede Nacht 30, 40 (Menschen) entfernen“ (1b); die israelische Tageszeitung *Jerusalem Post* zitierte im englischen Original: „taking down 30 to 40 every night“ (1d).

Dass Ben-Gvir dabei auch Zivilisten nicht grundsätzlich ausnimmt, zeigt eine weitere Passage desselben Podcasts, dokumentiert von der israelischen Tageszeitung *Jerusalem Post*: Als Braslavski von einer Frau erzählte, die ihm während seiner Geiselhaft Essen gebracht hatte, bezeichnete Ben-Gvir sie als Terroristin und sagte wörtlich: „She needs a bullet in the head. She didn't bring you food because she worried about your health — she brought you food because she wanted to preserve you so you could be a resource afterward, in that murdering terrorists would be released. Someone like that needs a bullet in the head.“ — auf Deutsch: „Sie braucht eine Kugel in den Kopf. Sie hat dir nicht aus Sorge um deine Gesundheit Essen gebracht — sie hat dir Essen gebracht, weil sie dich als Ressource erhalten wollte, damit später mordende Terroristen freigelassen werden könnten. Jemand wie sie braucht eine Kugel in den Kopf.“ Binnen zwei Tagen distanzierten sich der Zentralrat der Juden in Deutschland, die Deutsch-Israelische Gesellschaft und Vizekanzer Lars Klingbeil forderte EU-Sanktionen. Ein Jahr zuvor hatte eine UN-Untersuchungskommission Israel offiziell für die Begehung von Völkermord verantwortlich erklärt — die Reaktion darauf blieb, gemessen an dieser Geschwindigkeit und Geschlossenheit, deutlich schwächer.

Im selben Gespräch bat Braslavski den Minister, palästinensische Gefangene künftig selbst hinrichten zu dürfen — im Rahmen des von Ben-Gvirs Partei eingeführten Todesstrafengesetzes: „Ich habe eine persönliche Bitte, und ich schaue Ihnen wirklich in die Augen, Herr Minister. Lassen Sie mich derjenige sein, der sie hängt. Ich will kein Seil, ich will einen Knopf. Mit meinen eigenen Händen werde ich jeden Terroristen im Staat Israel hinrichten.“ Ben-Gvir antwortete: „Ich werde Himmel und Erde in Bewegung setzen, damit das passiert... es ist einer meiner größten Träume, dich dort zu sehen“,

und fügte hinzu: „Sie verdienen es nicht zu leben, und du hast recht.“ (1e)

Bemerkenswert ist die Denkfigur, mit der Ben-Gvir die Tötung der Frau begründete: Sie habe die Geisel nur „als Ressource“ erhalten wollen, damit später „mordende Terroristen freigelassen werden könnten“ – der Tod des Austauschobjekts wird dem Risiko eines künftigen Austauschs vorgezogen.

Das ist exakt die Logik der sogenannten Hannibal-Direktive, einer israelischen Militärdoktrin aus den 1980er-Jahren, offiziell 2016 aufgehoben: Sie erlaubte, die Gefangennahme eigener Soldaten notfalls unter Gefährdung von deren Leben zu verhindern, um künftige Geiselaustausch-Szenarien auszuschließen. Israels eigene Tageszeitung *Haaretz* sowie der frühere Verteidigungsminister Yoav Gallant bestätigten öffentlich, dass diese Direktive am 7. Oktober 2023 angewendet wurde – mit dem Befehl „kein einziges Fahrzeug darf nach Gaza zurückkehren“, der zur Zerstörung Dutzender Fahrzeuge mit israelischen Geiseln und Zivilisten darin führte (1h, 1i). Ob Ben-Gvir sich bei seiner Aussage bewusst auf diese Doktrin bezog, lässt sich nicht belegen – aber die strukturelle Übereinstimmung im Denkmuster ist auffällig: In beiden Fällen gilt das Leben eines möglichen künftigen Tauschobjekts als das eigentliche Problem, nicht als schützenswert.

Ein Timing, das misstrauisch macht

Ben-Gvirs Aussagen kamen zu einem bemerkenswert ungünstigen Zeitpunkt – gleich in doppelter Hinsicht. International: Nur einen Tag zuvor hatte US-Vermittler Jared Kushner, Schwiegersohn von Präsident Donald Trump, in Ägypten mit Präsident Abdel Fattah al-Sisi und Vertretern der Hamas über die Nachkriegsordnung im Gazastreifen verhandelt; am Folgetag stand ein Treffen mit

Ministerpräsident Benjamin Netanjahu an, an dem auch der frühere britische Premierminister Tony Blair teilnehmen sollte. Ein iranischer Diplomat bezeichnete Ben-Gvirs Aussage süffisant als „Geständnis“. Die Äußerung kam, wie es hieß, „zur Unzeit“.

Innenpolitisch: Israel steuert auf Neuwahlen am 27. Oktober 2026 zu, und Ben-Gvir gewinnt in diesem Vorwahlkampf laut *Al Jazeera* und *Times of Israel* spürbar an Einfluss – seine Aussagen lassen sich damit ebenso als kalkulierte Zuspitzung für die eigene Wählerschaft lesen wie als „unbedachter Ausrutscher“.

Das wirft eine unbequeme Frage auf: Wie viel der plötzlichen, geschlossenen Verurteilung war tatsächlich moralisch motiviert, und wie viel bestrafte schlicht diplomatisch ungünstiges Timing kurz vor sensiblen Verhandlungen?

Ein Kommentator auf *Telepolis* dokumentiert, dass selbst diese Empörung nicht frei von anfänglicher Zurückhaltung war: Die erste Reaktion des Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Volker Beck, lautete auf der Plattform X sinngemäß, die Aussagen seien „schlimm genug, aber wohl anders als in deutschen Medien berichtet“ – eine relativierende erste Einordnung, bevor die Deutsch-Israelische Gesellschaft die Aussagen später klar als „menschenverachtend und unverantwortlich“ verurteilte. Der Kommentator stellt die berechtigte Gegenprobe: Man stelle sich dieselbe zögerliche erste Reaktion vor, hätte ein palästinensischer Politiker eine strukturell identische Aussage über Israelis getroffen. Selbst die israelische *Times of Israel* formulierte in ihrer eigenen Berichterstattung auffallend vorsichtig, Ben-Gvir habe sich „offenbar auf Hamas-Kämpfer und andere Feinde Israels“ bezogen – eine mildernde Lesart, die Ben-Gvirs eigener Wortlaut („nicht nur diejenigen, die dich in diesem Moment gefährden“) selbst ausdrücklich ausschließt.

Warum Worte schockieren und Zahlen betäuben

Für dieses Phänomen liefert die Philosophin Hannah Arendt einen Erklärungsrahmen, der seit ihrer Berichterstattung über den Eichmann-Prozess 1961 zum Standardvokabular der Genozidforschung gehört: die „Banalität des Bösen“. Arendt beobachtete, dass bürokratisch-verwaltungssprachlich verpackte Gewalt — „Evakuierung“, „Sonderbehandlung“ — beim Publikum eine schützende Distanz erzeugt, die unmittelbare moralische Empörung erschwert, obwohl die zugrundeliegende Tat identisch bleibt. Bemerkenswerterweise liefert Ben-Gvir eigener Wortlaut dafür ein Lehrbuchbeispiel innerhalb eines einzigen Satzes: Er beginnt mit dem offiziellen israelischen Sicherheitsbehörden-Begriff „סיכולים ממוקדים“ („gezielte Verhinderungen“, im internationalen Sprachgebrauch „targeted killings“) — dem etablierten Terminus für die gezielte Tötung einzelner, identifizierter Bedrohungspersonen.

Der Begriff deutet die Tötung sprachlich als vorbeugende „Verhinderung“ eines hypothetischen künftigen Anschlags um und lässt dabei, grammatikalisch wie inhaltlich, offen, wer eigentlich stirbt — eine doppelte Distanzierung, strukturell identisch mit Arendts „Sonderbehandlung“.

Ben-Gvir wendet diesen ursprünglich auf Einzelfälle mit konkreter Bedrohungsanalyse gemünzten Begriff hier jedoch auf eine anonyme Pauschalquote an — „30 bis 40 pro Nacht“, ohne individuelle Zielperson. Die Verwaltungssprache bleibt bestehen, doch der Inhalt, den sie ursprünglich umschreiben sollte, ist ein anderer geworden. Im nächsten Halbsatz wechselt Ben-Gvir dann unvermittelt in den unverblümten Slangbegriff „להוריד“ (wörtlich „runterholen“). Der Bruch zwischen Euphemismus und Umgangssprache innerhalb eines Atemzugs zeigt, wie dünn die schützende Schicht der Verwaltungssprache tatsächlich ist, sobald

sie fällt. Bei aggregierter Statistik funktioniert derselbe Distanzeffekt auf andere Weise: Über 70.000 Tote, davon mindestens 20.000 Kinder, sind eine Zahl, keine Stimme, kein Gesicht, kein konkreter Satz, an dem sich Empörung festmachen lässt. Ben-Gvirs Sätze taten genau das — sie rissen die Distanz weg, die Verwaltungssprache und Zahlenabstraktion sonst zuverlässig herstellen.

Dass diese Distanz-Wirkung kein Einzelfall ist, sondern israelisches Mainstream-Fernsehen strukturell durchzieht, zeigt eine 2025 eingereichte Petition israelischer Bürgerrechtler gegen den Sender *Kanal 14*. Sie dokumentiert Hunderte Aussagen im Sender, wonach es in Gaza „keine Unschuldigen“ gebe und Menschen „ausgelöscht“ werden müssten — und stützt sich dabei ausdrücklich auf das unten beschriebene Ruanda-Tribunal als historische Referenz, um zu testen, ob ein Mainstream-Medium nach Israels eigenem Gesetz zur Verhinderung von Anstiftung zum Völkermord zur Verantwortung gezogen werden kann.

Warum die besondere Aufmerksamkeit für Worte trotzdem berechtigt ist

Hier muss der Artikel sich selbst widersprechen, um nicht selbst der Verzerrung zu erliegen, die er beschreibt: Die besondere Empörung über das gesprochene Wort ist keine bloße Effekthascherei, sondern hat eine ernstzunehmende rechtliche Grundlage. Öffentliche und direkte Anstiftung zum Völkermord ist nach Artikel III(e) der Völkermordkonvention von 1948 ein eigenständiger, gesondert strafbarer Tatbestand — unabhängig davon, ob die Tat selbst bereits vollzogen wurde.

Der historische Präzedenzfall dafür ist der sogenannte „Medienprozess“ vor dem Internationalen Strafgerichtshof für

Ruanda. Ferdinand Nahimana und Jean-Bosco Barayagwiza, Gründer des Hetzsenders *Radio-Télévision Libre des Mille Collines* (RTLM), sowie Hassan Ngeze, Herausgeber der Zeitung *Kangura*, wurden am 3. Dezember 2003 wegen Völkermords, Verschwörung zum Völkermord, Anstiftung zum Völkermord sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt – nicht weil sie selbst mordeten, sondern weil ihre Sendungen, wie es im Urteil hieß, gezielt „interethnischen Hass“ schürten und die Bevölkerung zum Töten der Tutsi aufriefen. Das Berufungsgericht bestätigte am 28. November 2007 die grundsätzliche Verurteilung und reduzierte lediglich das Strafmaß.

Das Tribunal betonte in seinem Urteil ausdrücklich, die Macht der Medien, „grundlegende menschliche Werte zu schaffen oder zu zerstören, gehe mit großer Verantwortung einher“.

Diese rechtliche Logik erklärt, warum die Empörung über Ben-Gvirs Worte für sich genommen nicht verlogen ist. Öffentliche Entmenslichung durch einen Amtsträger senkt nachweislich die gesellschaftliche Hemmschwelle für weitere Gewalt – eine 2024 in der *American Sociological Review* veröffentlichte Studie sowie frühere Forschung von David Yanagizawa-Drott (Harvard) zeigen für RTLM einen messbaren Zusammenhang zwischen den Radiosendungen und einer signifikant erhöhten Beteiligung an den Tötungen, mit Übertragungseffekten sogar in nicht direkt versorgte Nachbargebiete. Anstiftung ist damit kein Nebenschauplatz der eigentlichen Gewalt, sondern selbst ein kausaler Faktor.

Ein oft übersehener Punkt verschärft die Tragweite zusätzlich: Es handelt sich nicht um eine beliebige Bevölkerungsgruppe irgendwo auf der Welt, sondern um die Bevölkerung eines Staates, dessen Staatlichkeit von der überwiegenden Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft anerkannt wird. Der Staat Palästina wird nach Stand September 2025 von 157 der 193 UN-Mitgliedstaaten

anerkannt — gut 81 Prozent —, darunter seit der jüngsten Anerkennungswelle auch enge westliche Verbündete Israels wie Großbritannien, Frankreich, Kanada und Australien (11). Wenn ein amtierender Minister eine Bevölkerungsgruppe entmenslicht und ihre systematische Tötung fordert, richtet sich das damit nicht gegen eine diffuse, staatenlose Menge, sondern gegen die Bevölkerung eines Staates, dessen völkerrechtliche Eigenstaatlichkeit von vier Fünfteln der Weltgemeinschaft bereits anerkannt ist — auch wenn Israel selbst diese Anerkennung nicht teilt und Deutschland sie bislang ebenfalls verweigert.

Die eigentliche Diskrepanz

Damit ergibt sich keine einfache Geschichte von Heuchelei, sondern ein komplizierterer Befund: Beide Reaktionen — auf Ben-Gvirs Worte und auf die dokumentierte systematische Praxis — wären rechtlich und moralisch in vergleichbarem Maße geboten. Nur eine von beiden erfolgt zuverlässig, geschlossen und mit konkreten Konsequenzen wie Sanktionsforderungen. Die andere, obwohl durch eine UN-Untersuchungskommission und einen Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs mindestens ebenso schwerwiegend dokumentiert, verpufft in vergleichsweise folgenlosen Presseerklärungen.

Das ist kein Beweis dafür, dass die Empörung über Ben-Gvir unecht wäre. Es ist ein Beleg dafür, wie sehr menschliche moralische Reaktion an konkrete, personalisierte, wörtlich zitierbare Aussagen gebunden bleibt — und wie unzuverlässig sie auf abstrakte, aggregierte Fakten anspringt, selbst wenn diese das eigentlich Schwerwiegendere abbilden.

Schluss

Vielleicht liegt darin die eigentliche Lehre: Nicht, dass zu viel Empörung über Ben-Gvirs Worte herrscht, sondern dass zu wenig über das herrscht, was diese Worte lediglich aussprechen.

Eine Gesellschaft, die sich zuverlässig über den einzelnen, konkreten Satz empört, aber an der aggregierten, monatelang dokumentierten Tatsache vorbeisieht, hat kein Empörungsproblem – sie hat ein Wahrnehmungsproblem. Und die Frage, die dabei offenbleibt, ist unbequemer als jede einzelne Verurteilung: Was genau muss dokumentiert, festgestellt und beziffert werden, bevor Zahlen dieselbe Wirkung entfalten wie ein einziger, unverblümter Satz?



Alex Günther ist Autor und medienpolitischer Analyst.